

Dr. Norbert Räth, Dipl.-Ökonom Albert Braakmann, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

# Bruttoinlandsprodukt 2008

Wie in jedem Jahr gibt das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres.

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr real um 1,3% gestiegen. Die deutsche Wirtschaft ist damit nach zwei Jahren mit kräftigem Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 nur noch moderat gewachsen. Bei kalenderbereinigter Betrachtung – im vergangenen Jahr standen fast drei Arbeitstage mehr zur Verfügung als im Jahr 2007 – ergibt sich eine Wachstumsrate von 1,0% für das Jahr 2008 nach 2,6% (2007) und 3,2% (2006). Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2008 von knapp 40,4 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 582 000 Personen mehr (+ 1,5%) als ein Jahr zuvor. Die Erwerbstätigkeit erreichte damit den höchsten Stand seit der deutschen Vereinigung. Die Zahl der Erwerbslosen (internationale Abgrenzung) sank nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung um 471 000 (– 13,1%) auf 3,1 Mill. Personen. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde, ist 2008 um 0,2 bzw. 0,1% gesunken. Zuvor war seit 1992 die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität sowohl je Erwerbstätigen als auch je Erwerbstätigenstunde stets gestiegen.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes (preisbereinigt) trugen im Jahr 2008 alle zusammengefassten Wirtschaftsbereiche positiv zur Wirtschaftsentwicklung bei. Insbesondere das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) und der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister verzeichneten allerdings deutlich niedri-

gere Zuwachsraten als 2007. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsproduktes kamen 2008 die Wachstumsimpulse ausschließlich aus dem Inland. Dabei wurde das Wirtschaftswachstum von den Bruttoinvestitionen und vom Staatskonsum getragen. Vom Außenbeitrag, der in den vergangenen Jahren entscheidend zur positiven Wirtschaftsentwicklung beigetragen hatte, gingen dagegen keine Wachstumsimpulse aus.

In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttoinlandsprodukt mit 2 489 Mrd. Euro um 2,7% höher als im Vorjahr. Das Bruttonationaleinkommen stieg ebenfalls um 2,7% auf rund 2 530 Mrd. Euro, da der Saldo der Primäreinkommen mit der übrigen Welt mit rund 40 Mrd. Euro etwa so hoch war wie im Vorjahr (siehe Tabelle 1). Das Volkseinkommen

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in jeweiligen Preisen

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt <sup>1)</sup>	Bruttonationaleinkommen (Sp. 1 + 2)
	1	2	3
Mrd. EUR			
2006 .....	2 321,5	40,9	2 362,4
2007 .....	2 422,9	41,3	2 464,2
2008 .....	2 489,4	40,4	2 529,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	%	Mrd. EUR	%
2007 .....	+4,4	+0,4	+4,3
2008 .....	+2,7	-0,9	+2,7

1) Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleistete Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

nahm im Berichtsjahr um 2,9% auf 1880 Mrd. Euro zu. Anders als in den Vorjahren konnte das Arbeitnehmerentgelt mit einem Plus von 3,6% auf jetzt 1 226 Mrd. Euro deutlich stärker zulegen als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+ 1,7%). Bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte kam es zu einer deutlichen Erhöhung (+ 2,6%), die sich aber nicht in gleichem Maße auf die privaten Konsumausgaben übertrug (nominale Zunahme: 2,2%). Die Sparquote der privaten Haushalte kletterte dementsprechend auf 11,4%, das waren 0,6 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor. Der Staatssektor wies im Jahr 2008 nach noch vorläufigen Berechnungen ein leichtes Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,6 Mrd. Euro aus, was einer Defizitquote von 0,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht.

**Vorbemerkung**

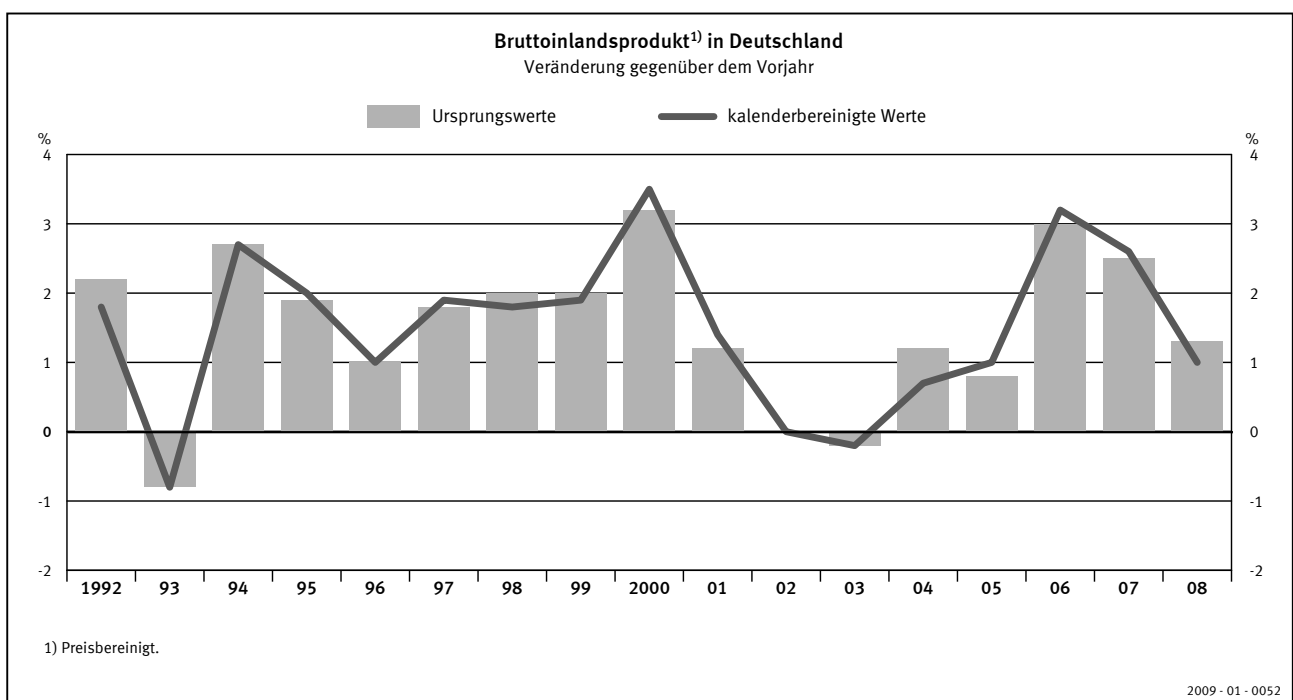
In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres 2008. Die Berechnungen beruhen auf den bis Anfang Januar 2009 verfügbaren Informationen, die zum Teil noch sehr unvollständig sind. Die Werte für den Dezember 2008 wurden komplett und zum Teil auch die für den November nahezu vollständig geschätzt. Auch für die davor liegenden Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen Fällen noch lückenhaft. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 14. Januar 2009 als Pressemitteilung und in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung 2008“ veröffentlicht. Dieser sehr frühe Termin erklärt sich unter anderem daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung im Januar eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat vorgelegt wird. Die aktuellen amtlichen Daten der

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Ausgangsgröße für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich, deren Ergebnisse wiederum auch Eckdaten für die Steuerschätzungen bilden. Wegen des erwähnten hohen Schätzanteils vor allem im vierten Quartal 2008 werden nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2008 veröffentlichten Ergebnisse kann nicht in jedem Fall auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen einiger Größen für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bereitgestellt werden, und zwar in länderscharfer Abgrenzung. Mit ersten Angaben für das Jahr 2008 ist voraussichtlich im Februar 2009 zu rechnen. Informationen zu regionalen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stehen im Internet unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de) zur Verfügung.

**1 Entstehung des Inlandsprodukts**

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das deutsche *Bruttoinlandsprodukt* im Jahr 2008 nur noch moderat gewachsen. Um 1,3% war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2008 höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit weniger kräftig gewachsen als im Jahr 2007 (+ 2,5%). Bei kalenderbereinigter Betrachtung – im vergangenen Jahr standen fast drei Arbeitstage mehr zur Verfügung als im Jahr 2007 – ergibt sich für 2008 eine Wachstumsrate von 1,0% nach 2,6% im Jahr zuvor (siehe Schaubild 1). Die Wachstumsprognosen für das Jahr 2008 lagen zum Jahreswechsel 2007 auf

Schaubild 1



2008 zwischen 1,8 und 2,5 %. Im Laufe des Jahres korrigierten die Prognostiker ihre Schätzungen nach unten und kamen gegen Ende des Jahres 2008 auf Werte zwischen 1,7 und 2,0 %.

Jahr	Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	Preisbereinigt, verkettet	Kalenderbereinigt
1995 .....	+1,9	+2,0
1996 .....	+1,0	+1,0
1997 .....	+1,8	+1,9
1998 .....	+2,0	+1,8
1999 .....	+2,0	+1,9
2000 .....	+3,2	+3,5
2001 .....	+1,2	+1,4
2002 .....	+0,0	+0,0
2003 .....	-0,2	-0,2
2004 .....	+1,2	+0,7
2005 .....	+0,8	+1,0
2006 .....	+3,0	+3,2
2007 .....	+2,5	+2,6
2008 .....	+1,3	+1,0

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2008 von 40,4 Mill. *Erwerbstätigen* mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 582 000 Personen oder 1,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte damit im Jahr 2008 einen neuen Höchststand seit der deutschen Vereinigung. Allerdings fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Berichtsjahr schwächer aus als im Jahr 2007, in dem die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 671 000 Personen oder 1,7 % zugenommen hatte. Wie schon in den beiden Jahren zuvor wurde der Anstieg der Erwerbstätigkeit auch im Jahr 2008 vom konjunkturellen Aufschwung, der bis weit in die erste Jahreshälfte anhält, getragen. Die inzwischen eingetretene konjunkturelle Eintrübung wirkte sich nicht wesentlich auf das Jahresergebnis zur Erwerbstätigkeit aus, zumal der Arbeitsmarkt auf Veränderungen im Konjunkturverlauf erst mit zeitlicher Verzögerung reagiert. Geholfen haben dürften zudem eine verstärkte Förderung abhängiger Beschäftigungen (z. B. Eingliederungszuschüsse) sowie das (Saison-)Kurzarbeitergeld zu Beginn und zum Ende des Jahres. Dementsprechend wuchs die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2008 erneut kräftig, während der Anstieg der in Haupterwerbstätigkeit ausgeübten geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijobs) im abgelaufenen Jahr annähernd zum Stillstand kam. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger verzeichnete im Jahr 2008 trotz insgesamt rückläufiger Inanspruchnahme der staatlichen Förderung ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr.

Nach vorläufigen Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung betrug die Zahl der *Erwerbslosen* nach international vereinbarter Definition im Jahresdurchschnitt 2008 in Deutschland 3,13 Mill. Personen. Dies entspricht einem Rückgang um 471 000 Personen (-13,1 %) gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2007. Die Erwerbslosenquote, definiert als Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, sank von 8,3 % im Jahr 2007 auf 7,2 % im Jahresdurchschnitt 2008. Der Rückgang der Zahl der Erwerbslosen fällt damit etwas schwächer aus als der vom Jahr 2006 zum Jahr 2007 (-15,2 %). Im Jahr 2006 hatte die Erwerbslosenquote noch 9,8 % betragen. Die Zahl der Erwerbslosen wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) in harmonisierter Form mit der Arbeitskräfteerhebung erfasst; in Deutschland ist diese Erhebung in den Mikrozensus integriert.

Im Jahresdurchschnitt 2008 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit *registrierten Arbeitslosen* nach der Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 3,27 Mill. Dies entspricht einem Rückgang um 508 000 registrierte Arbeitslose gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2007. Die Bundesagentur für Arbeit führt diesen starken Rückgang insbesondere auf den konjunkturellen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zurück. Zudem tragen laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit auch die Arbeitsmarktreformen sowie der Rückgang des Arbeitskräfteangebots zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei.

Die *Arbeitsproduktivität*, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, verminderte sich im Jahr 2008 um 0,2 %. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet ging die Arbeitsproduktivität ebenfalls leicht um 0,1 % zurück. Zuvor war seit 1992 die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität sowohl je Erwerbstätigen als auch je Erwerbstätigenstunde stets gestiegen. Die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen blieb in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung mit 1 433 Stunden im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert. Im Verarbeitenden Gewerbe, das in den zurückliegenden Jahren erhebliche Produktivitätsfortschritte erzielt hatte, nahm die Arbeitsproduktivität im Jahr 2008 um 0,7 % (je Erwerbstätigen) bzw. um 0,3 % (je Erwerbstätigenstunde) ab. Kombiniert man die Ergebnisse zur Arbeitsproduktivität mit der Entwicklung der Lohnkosten, so ist festzustellen, dass die Lohnstückkosten (hier gemessen als das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde und Arbeitsproduktivität) im Jahr 2008 gesamtwirtschaftlich betrach-

Tabelle 2: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität<sup>1)</sup>

Jahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose <sup>2)</sup>	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000			Mill. Std.	Index (2000 = 100)		
2006 .....	39 097	34 703	4 250	55 975	106,1	106,2	109,3
2007 .....	39 768	35 317	3 602	57 003	108,7	107,0	109,9
2008 .....	40 350	35 885	3 131	57 809	110,1	106,8	109,8
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
2007 .....	+1,7	+1,8	-15,2	+1,8	+2,5	+0,7	+0,6
2008 .....	+1,5	+1,6	-13,1	+1,4	+1,3	-0,2	-0,1

1) Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100) je durchschnittlich Erwerbstätigen. – 2) Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

tet erstmals seit einigen Jahren wieder relativ deutlich angestiegen sind (+ 2,1 %).

Neben den Erwerbstätigen spielt das *Anlagevermögen* als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Diese Größe umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter. Das *Sachanlagevermögen* umfasst die materiellen Anlagen und setzt sich zusammen aus dem Bestand an Ausrüstungen, Wohnbauten und Nichtwohnbauten sowie Nutztieren und Nutzpflanzungen. Zum *immateriellen Anlagevermögen* gehören Suchbohrungen, Computerprogramme und große Datenbanken sowie Urheberrechte. Der *Kapitalstock* misst das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen, bei dem – anders als nach dem Nettokonzept – die Wertminderung der Anlagegüter durch die aufgelaufenen Abschreibungen unberücksichtigt bleibt. Das Anlagevermögen wird aus den Investitionen der Vergangenheit ermittelt, indem diese Investitionen zunächst in einheitliche Preise eines Basisjahres umgerechnet und dann kumuliert werden. Deshalb wird auch der Kapitalstock in Preisen eines Basisjahres (zurzeit 2000) nachgewiesen.

Mit 11,79 Billionen Euro war der *Kapitalstock* im Jahr 2008 insgesamt um 14,7 % höher als im Jahr 2000; gegenüber dem Vorjahr hat er sich um 2,1 % erhöht. Damit lag die Zuwachsrate im Jahr 2008 zum dritten Mal in Folge über der des Vorjahres (2007: + 1,8 %). Durch die wachsende Investitionstätigkeit in den letzten drei Jahren wurde der bis 2005 zu beobachtende Rückgang der Wachstumsraten des Kapitalstocks gestoppt (siehe Schaubild 2). Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2008 mit 1,3 % weniger stark gewachsen als der Kapitalstock. Das zeigt sich auch in der um 0,8 % gesunkenen Kapitalproduktivität, die sich damit wieder

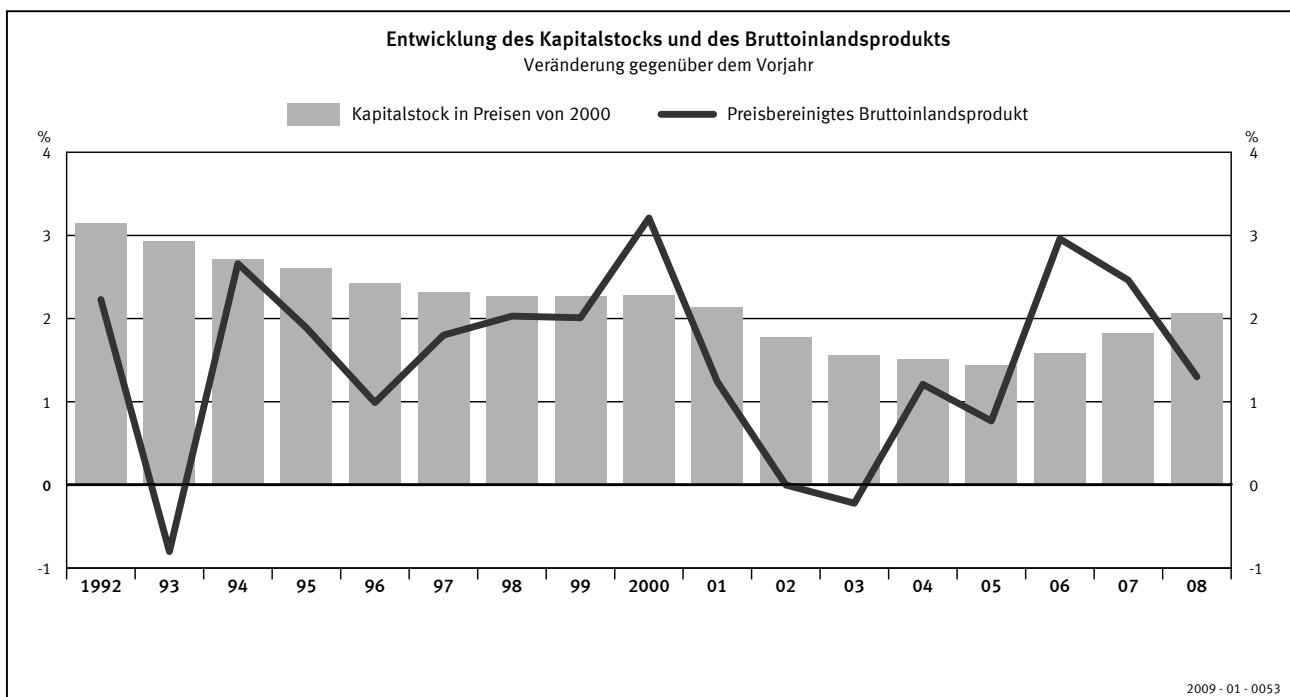
Kapitalstock, Kapitalproduktivität und Kapitalintensität  
Alle Wirtschaftsbereiche<sup>1)</sup> in Preisen von 2000

Jahr	Kapitalstock <sup>2)</sup>	Kapitalproduktivität <sup>3)</sup>		Kapitalintensität <sup>4)</sup>
	Mrd. EUR	2000 = 100		1 000 EUR
2006 .....	11 344	110,41	96,08	290
2007 .....	11 551	112,42	96,68	290
2008 .....	11 789	114,74	95,94	292
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2007 .....	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1
2008 .....	+ 2,1	- 0,8	+ 0,6	+ 0,6

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 2000 (Mittelwert aus dem Jahresanfangs- und Jahresendbestand). – 3) Verhältnis Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100) zum Kapitalstock in Preisen von 2000 (umgerechnet auf Messzahlen 2000 = 100). – 4) Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

gemäß ihrem langfristigen Trend entwickelt, der den überproportional wachsenden Kapitaleinsatz (Substitution von Arbeit durch Kapital) in Deutschland widerspiegelt. In den beiden Jahren 2006 und 2007 war das Bruttoinlandsprodukt stärker als der Kapitalstock gewachsen (siehe Schaubild 2), was sich in einer steigenden Kapitalproduktivität niederschlug (2006: + 1,4 %, 2007: + 0,6 %). Anfang 2009 sind in Deutschland Anlagegüter im (Neu-)Wert von 11,9 Billionen Euro für Produktionszwecke einsetzbar. Die *Kapitalintensität* zeigt, wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben. Dazu wird der Kapitalstock in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Im Jahr 2008 waren je Erwerbstätigen im Durchschnitt der Volkswirtschaft Anlagegüter im (Neu-)Wert von rund 292 000 Euro vorhanden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen damit 2008 wieder gestiegen (+ 0,6 %), nachdem er von 2006 auf 2007 mit jeweils rund 290 000 Euro je Erwerbstätigen fast gleich geblieben war.

Schaubild 2



In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die *Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche*, die nach den europäisch harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Die Bruttowertschöpfung und der Produktionswert der Wirtschaftsbereiche werden somit ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt. Gütersteuern und Gütersubventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche hinzugefügt.

Die Ergebnisse nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen zeigen, dass zum Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 das Verarbeitende Gewerbe mit einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,9% beigetragen hat (siehe Tabelle 3). Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die günstige Entwicklung der ersten drei Quartale gegen Jahresende allerdings nicht fortgesetzt. Nach der schwachen Entwicklung des Produktionsindex im November (-10,8% im Vorjahresvergleich) besteht die Gefahr eines weiteren Rückgangs, wobei im Dezember ein positiver Arbeitstageeffekt (+2,0 Arbeitstage) zu berücksichtigen ist. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe entwickelten sich im November 2008 mit -27,2% im Vorjahresvergleich – verglichen mit den vorherigen Veränderungsraten im Verlauf des Jahres – erheblich ungünstiger als in den Vormonaten und deutlich schlechter als die Umsätze und die Produktion.

Die beiden anderen Unterbereiche des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe sind der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sowie die Energie- und Was-

serversorgung. Der Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden wies im Jahr 2008 einen starken Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung auf (-9,1%), während sie in der Energie- und Wasserversorgung annähernd auf dem Niveau des Vorjahres lag.

Im Baugewerbe erhöhte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Berichtsjahr 2008 weit überdurchschnittlich um 3,3%; im Vorjahr war ein Anstieg um 2,6% zu verzeichnen gewesen. Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes in Deutschland ging damit zum zweiten Mal seit der Jahrtausendwende nach oben. Im Jahresverlauf zeigte sich die Bauwirtschaft nach dem witterungsbegünstigten starken ersten Quartal auch in den beiden folgenden Quartalen recht stabil; erst im vierten Quartal schwächte sich das Baugewerbe spürbar ab. Die Baugenehmigungen (Rauminhalt – neue Gebäude) als vorauslaufender Indikator zeigen bisher für Deutschland von Januar bis Oktober 2008 mit +15,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine steigende Tendenz. Betrachtet man nur die zeitnahen Monate Juli bis Oktober 2008 (+13,3%), dann ergibt sich eine kaum abgeschwächte Entwicklung.

Wachstumsimpulse kamen im Jahr 2008 auch von der wirtschaftlichen Leistung im zusammengefassten Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, die sich um 1,7% erhöhte. So zeigte das Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammengenommen eine leicht positive Entwicklung und die Bruttowertschöpfung der unternehmensnahen Dienstleister insgesamt wuchs überdurchschnittlich. Das Grundstücks- und Wohnungswesen verzeichnete wie üblich einen stabilen Zuwachs, denn der Teilbereich Grundstücks- und Wohnungswesen, der auch die Nutzung des gesamten Wohnungsbestandes einschließlich der Eigentümerwohnungen umfasst, bleibt in der Regel recht unbeeinflusst von aktuellen konjunkturellen Schwankungen.

Ebenfalls erhöht hat sich im Jahr 2008 die wirtschaftliche Leistung im zusammengefassten Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+1,9%). Diese Zunahme ist durch die Entwicklung im Handel (+1,8%), stärker aber noch durch

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	Bruttowertschöpfung		zusammen	darunter	zusammen	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister	
						Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen											
Mrd. EUR											
2006 .....	2 321,5	228,2	2 093,3	17,9	619,2	485,0	80,4	1 456,3	374,6	616,4	465,2
2007 .....	2 422,9	251,7	2 171,2	20,0	659,3	519,6	87,2	1 491,9	382,4	634,8	474,7
2008 .....	2 489,4	257,0	2 232,4	19,6	677,3	528,5	93,5	1 535,5	398,2	652,0	485,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
2007 .....	+4,4	+10,3	+3,7	+12,1	+6,5	+7,1	+8,5	+2,4	+2,1	+3,0	+2,0
2008 .....	+2,7	+2,1	+2,8	-2,1	+2,7	+1,7	+7,3	+2,9	+4,1	+2,7	+2,2
preisbereinigt											
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
2007 .....	+2,5	-1,7	+2,9	+4,1	+4,8	+6,1	+2,6	+2,1	+0,5	+3,6	+1,3
2008 .....	+1,3	+0,3	+1,4	+4,0	+1,1	+0,9	+3,3	+1,5	+1,9	+1,7	+0,9

das Wachstum im Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 2,9 %) zu erklären. Während der Einzelhandel aufgrund des verhaltenen Konsums nahezu stagnierte (+ 0,2 %), führte beim Großhandel (+ 5,4 %) nicht zuletzt der zu Jahresbeginn noch florierende Außenhandel zu einem stabilen Zuwachs für das Jahr 2008. Beim Kraftfahrzeughandel kam es zu einem deutlichen Rückgang (- 4,3 %), der sich im Verarbeitenden Gewerbe auch bei der Produktion von Kraftfahrzeugen wiederfindet. Beim Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist der Anstieg der Wirtschaftsleistung im Jahr 2008 auf Zuwächse in allen Unterbereichen zurückzuführen.

Ähnlich wie in den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche Leistung für den zusammengefassten Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister entwickelt. Dieses aufgrund der verwendeten Rechenansätze zumeist stabile Aggregat, dessen Ergebnis in starkem Maße durch die Beschäftigungsentwicklung bestimmt wird, erhöhte sich im Jahr 2008 um 0,9 % (2007: + 1,3 %). Bei den aktuellen Berechnungen wird in vielen Dienstleistungsbereichen ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und Ergebnisse der Arbeitsvolumenrechnung zurückgegriffen, aus denen unter Berücksichtigung der (bisherigen) Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet werden. Daneben werden für einzelne Unterbereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen zusätzlich auch spezifische aktuelle Informationen, beispielsweise für das Gesundheitswesen die Ausgabenentwicklung der Krankenkassen, berücksichtigt.

Die preisbereinigte Wertschöpfung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Fischerei nahm im Berichtsjahr um 4,0 % zu, nach einem Anstieg um 4,1 % im Jahr 2007.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg im Jahr 2008 um 1,4 %, während das preis-

bereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,3 % zunahm. Die Differenz von 0,1 Prozentpunkten resultiert aus den gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,3 % gestiegenen preisbereinigten Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen), die damit zu einem im Vergleich zur Bruttowertschöpfung etwas niedrigeren Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts führten.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 3) erhöhte sich im Berichtsjahr 2008 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche um 2,8 % gegenüber dem Vorjahr. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Gewisse Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsrate der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu den Veränderungsrate der preisbereinigten Werte ziehen; allerdings sind dabei die Effekte der getrennten Deflationierung von Produktionswert und Vorleistungen zu bedenken (sogenannte doppelte Deflationierung).

## 2 Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts kamen im Jahr 2008 die Wachstumsimpulse ausschließlich aus dem Inland. Vom Außenbeitrag, der in den vergangenen Jahren ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft war, gingen demgegenüber keine positiven Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Hauptgrund dafür war eine abgeschwächte Auslandsnachfrage bei einer weiterhin ungebrochenen Importneigung der deutschen Wirtschaft. Während die deutschen Exporte im Jahr 2006 preisberei-

Tabelle 4: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung										Außenbeitrag	Nachrichtlich:	
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen							Exporte	Importe
			zusammen	private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	Staat	zusammen	Bruttoanlageinvestitionen			Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	von Waren und Dienstleistungen			
						zusammen	zusammen	Ausrüstungen	Bauten	sonstige Anlagen <sup>2)</sup>				
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2006 .....	2 321,5	2 190,0	1 780,6	1 355,1	425,4	409,4	423,1	178,1	218,6	26,4	-13,7	131,5	1 052,7	921,2
2007 .....	2 422,9	2 251,9	1 809,4	1 373,7	435,6	442,6	453,5	189,4	236,4	27,7	-10,9	171,0	1 137,2	966,2
2008 .....	2 489,4	2 331,6	1 857,3	1 404,1	453,2	474,2	477,1	197,7	251,0	28,4	-2,9	157,9	1 191,0	1 033,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2007 .....	+4,4	+2,8	+1,6	+1,4	+2,4	+8,1	+7,2	+6,3	+8,1	+5,1	+2,8	+39,5	+8,0	+4,9
2008 .....	+2,7	+3,5	+2,7	+2,2	+4,0	+7,2	+5,2	+4,4	+6,2	+2,6	+8,0	-13,1	+4,7	+6,9
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2007 .....	+2,5	+1,1	+0,2	-0,4	+2,2	+5,0	+4,3	+6,9	+1,8	+8,0	+0,1	+1,4	+7,5	+5,0
2008 .....	+1,3	+1,6	+0,5	+0,0	+2,2	+6,1	+4,1	+5,3	+2,7	+6,6	+0,3	-0,3	+3,9	+5,2
												Wachstumsbeitrag <sup>3)</sup>		
												in %		

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. – 3) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Tabelle 5: Private Konsumausgaben

Jahr	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	nachrichtlich: Käufe nach Verwendungszwecken <sup>1)</sup>						
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke <sup>2)</sup>		
Mrd. EUR									
2006 .....	1355,1	1319,1	185,2	309,7	223,6	120,1	450,3	36,0	16 453
2007 .....	1373,7	1337,4	187,7	315,4	220,1	123,1	458,5	36,3	16 699
2008 .....	1404,1	1367,0	192,7	330,1	222,1	125,1	463,3	37,1	17 096
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2007 .....	+1,4	+1,4	+1,4	+1,8	-1,6	+2,5	+1,8	+0,7	+1,5
2008 .....	+2,2	+2,2	+2,7	+4,7	+0,9	+1,6	+1,0	+2,3	+2,4

1) Käufe der privaten Haushalte im Inland. – 2) Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

nigt um 12,7% und im Jahr 2007 um 7,5% zugenommen haben, stiegen sie im Berichtsjahr lediglich um real 3,9%. Die Importe erhöhten sich im Jahr 2008 preisbereinigt um 5,2% und entwickelten sich damit noch etwas stärker als im Jahr 2007 (+5,0%). Bestimmend für die Zunahme der inländischen Verwendung (+1,6%) waren einmal mehr die Bruttoinvestitionen, die mit einer Zunahme um 6,1% das gute Ergebnis des Jahres 2007 (+5,0%) übertreffen konnten. Die Konsumausgaben waren im Jahr 2008 preisbereinigt um 0,5% höher als im Jahr zuvor. Dass von den Konsumausgaben positive Wachstumsimpulse ausgingen, ist indessen ausschließlich auf den Staatskonsum zurückzuführen, der im Vergleich zum Vorjahr um 2,2% zulegte. Die privaten Konsumausgaben blieben im Vergleich zum Vorjahr real unverändert und konnten somit keinen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten.

Für den *privaten Konsum* wurden im Jahr 2008 in Deutschland in jeweiligen Preisen 1 404 Mrd. Euro ausgegeben, das waren 2,2% mehr als im Jahr 2007. Damit stiegen die privaten Konsumausgaben, wie schon im Jahr vorher, deutlich langsamer als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (+2,6%; siehe hierzu auch Kapitel 4 und Tabelle 12). Nach detaillierter Bereinigung um die Preisveränderungen bewegten sich die privaten Konsumausgaben real auf dem Vorjahresniveau. Der (implizite) Preisanstieg für die privaten Konsumausgaben war mit 2,2% im Jahr 2008 noch etwas höher als im Jahr 2007 (+1,7%), zugleich war das der höchste implizite Preisanstieg seit 1994. Im vergangenen Jahr erhöhten sich vor allem die Verbraucherpreise für die Haushaltsenergie (+11,2%), für den Luftverkehr

(+10,3%), für Kraftstoffe (+6,7%) und für Nahrungsmittel (+6,4%) überdurchschnittlich. Dagegen gingen die Preise für Telekommunikationsgeräte (-14,6%) und für audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte (-9,4%) wie in den Vorjahren zurück, was aber maßgeblich auf die hier angewandten Qualitätsbereinigungsverfahren zurückzuführen ist.

Tabelle 5 stellt die privaten Konsumausgaben nach wichtigen Verwendungszwecken untergliedert dar. Infolge der überdurchschnittlichen Preisanhebungen für die Haushaltsenergie stiegen die Ausgaben für das Wohnen (+4,7%) wieder deutlich schneller als die Konsumausgaben insgesamt (+2,2%). Auch die Ausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (+2,7%) erhöhten sich infolge der Preissteigerungen im letzten Jahr etwas stärker als die privaten Konsumausgaben insgesamt. Die Ausgaben für den Verkehr und die Nachrichtenübermittlung sind dagegen im vergangenen Jahr nur um 0,9% gegenüber 2007 angewachsen. Einem Anstieg der Ausgaben für den Personenverkehr (+5,2%) und für Kraftstoffe (+3,8%) standen hier rückläufige Ausgaben für Pkw-Käufe (-2,9%) gegenüber.

Die *Konsumausgaben des Staates* waren 2008 in jeweiligen Preisen um 4,0% höher als im Vorjahr (siehe Tabelle 6). Dabei nahmen die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften in jeweiligen Preisen um 3,7% und die der Sozialversicherung um 4,5% zu. Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen und für die Produktion staatlicher Leistun-

Tabelle 6: Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen

Jahr	Insgesamt	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung <sup>1)</sup>		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen <sup>2)</sup>	Soziale Sachleistungen	Nachrichtlich: Konsumausgaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen	dar.: Arbeitnehmerentgelt			
Mrd. EUR									
2006 .....	425,4	90,0	82,3	7,6	196,6	165,9	32,9	171,8	400,3
2007 .....	435,6	93,4	85,3	8,1	198,7	166,5	34,8	178,3	409,7
2008 .....	453,2	99,7	91,0	8,7	203,1	169,8	35,7	186,2	426,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2007 .....	+2,4	+3,8	+3,6	+5,9	+1,1	+0,3	+5,7	+3,8	+2,4
2008 .....	+4,0	+6,7	+6,7	+7,2	+2,2	+2,0	+2,7	+4,4	+4,0

1) Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen. – 2) Einschl. Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

gen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus Verkäufen dieser Leistungen und abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Für das Arbeitnehmerentgelt in der staatlichen Nichtmarktproduktion waren vom Staat 2,0% mehr aufzuwenden als im Vorjahr. Der Verbrauch an Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion des Staates stieg im Jahr 2008 um 6,7%. Für soziale Sachleistungen gab der Staat 4,4% mehr aus als im Vorjahr. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion waren im Berichtsjahr um 2,7% höher als ein Jahr zuvor.

Die *Bruttoanlageinvestitionen*, die sich aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie Investitionen in sonstige Anlagen zusammensetzen, sind im Berichtsjahr 2008 erneut kräftig gestiegen: Sie haben in jeweiligen Preisen gerechnet um 5,2% und preisbereinigt um 4,1% im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Damit waren sie wie bereits in den beiden Vorjahren eine tragende Säule der Konjunktur-entwicklung. Dabei haben sich alle drei Komponenten der Anlageinvestitionen positiv entwickelt: Die Ausrüstungs- investitionen legten preisbereinigt um 5,3% zu, die Bau- investitionen um 2,7% und die Investitionen in sonstige Anlagen um 6,6%. Auch die Bruttoanlageinvestitionen des Staates sind mit preisbereinigt 4,5% deutlich gestiegen.

Die Berechnung der *Ausrüstungsinvestitionen* nach der Güterstrommethode basiert auf detaillierten Informationen der vierteljährlichen Produktionsstatistik und der monatlichen Außenhandelsstatistik, jeweils in tiefster warensystematischer Gliederung. Zum Berichtsjahresende liegen allerdings lediglich die Daten der ersten zwei Quartale nahezu vollständig vor, während für das dritte und vor allem das vierte Quartal ergänzende Schätzungen erforderlich sind – die hier vorgestellten Resultate sind deshalb noch als vorläufig anzusehen. Nach aktuellem Rechenstand wuchsen die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2008 in jeweiligen Preisen um 4,4% auf 197,7 Mrd. Euro an. Damit waren die Ausrüstungen auch in diesem Berichtsjahr wiederum ein Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Für die preisbereinigten Daten ist zu beachten, dass seit Jahren für Ausrüstungsgüter ein Preisverfall zu beobachten ist, der auf sinkende Preise für den gewichtigen Güterbereich EDV- und Nachrichtentechnik zurückgeht. Im Jahr 2008 nahm der Preisindex

um 0,9% ab, sodass der preisbereinigte Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen mit 5,3% entsprechend höher ausfiel als der nominale. Mit diesen Zuwächsen setzte sich im Jahr 2008 zwar der positive Wachstumstrend fort, der nun bereits im sechsten Jahr hintereinander zu verfolgen war. Allerdings hatte im Vorjahr das Wachstum der Ausrüstungen preisbereinigt noch 6,9% und im Jahr 2006 sogar 11,1% betragen. Zu genaueren Konjunkturaussagen müssten zusätzlich die Quartalsdaten betrachtet werden. Vollständige unterjährige Daten werden aber erst im Februar 2009 publiziert; die bisherigen Informationen zeigen jedoch an, dass zum Jahresende hin die Zuwachsraten der Vorquartale nicht mehr erreicht werden konnten.

Die *Bauinvestitionen* nahmen nach ersten Schätzungen im Jahr 2008 preisbereinigt um 2,7% – nach +1,8% im Jahr 2007 – zu. Außerordentliche Zuwachsraten hatte im Jahr 2008 der gewerbliche Hochbau zu verzeichnen: Hier nahmen die Investitionen preisbereinigt um 9,3% zu – nach 4,7% Zuwachs im Jahr 2006 und 5,9% im Jahr 2007. Auch im gewerblichen Tiefbau legten die Investitionen bereits im vierten Jahr in Folge 2008 mit einer Steigerung um 2,3% deutlich zu. Im öffentlichen Bau insgesamt (ohne Saldo der Landverkäufe zwischen dem Staat und den übrigen Sektoren) sind sie um 2,2% gestiegen. Die Investitionen in Wohnbauten, die mehr als die Hälfte der Bauinvestitionen ausmachen, sind preisbereinigt um 0,7% gewachsen. Eine im Jahresdurchschnitt 2008 deutlich rückläufige Zahl geleisteter Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe im Bereich Wohnungsbau einerseits und erhebliche Zuwächse beim Umsatz im Ausbaugewerbe andererseits deuten darauf hin, dass Arbeiten am Wohnungsbestand gegenüber Wohnungsneubauten immer mehr an Bedeutung für den Wohnungsbau insgesamt gewinnen.

Die *Investitionen in sonstige Anlagen* stiegen im Jahr 2008 in jeweiligen Preisen um 2,6% und preisbereinigt um 6,6%. Bestimmt wurde diese Entwicklung wie schon in den Vorjahren durch die Softwareinvestitionen und deren deflationäre Preistendenz, denn die „sonstigen Anlagen“ bestehen zu mehr als drei Vierteln aus Investitionen in erworbene und selbstgestellte Software. Das verbleibende Viertel setzt sich zusammen aus Investitionen in Urheberrechte, Grundstücksübertragungskosten aus dem Verkauf unbebauter

Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen <sup>1)</sup>		
	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR												
2006 .....	423,1	390,5	32,6	178,1	173,7	4,4	218,6	192,3	26,4	26,4	24,6	1,8
2007 .....	453,5	417,9	35,6	189,4	185,1	4,3	236,4	207,1	29,3	27,7	25,8	2,0
2008 .....	477,1	439,1	38,0	197,7	192,9	4,7	251,0	219,9	31,2	28,4	26,3	2,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2007 .....	+7,2	+7,0	+9,2	+6,3	+6,6	-2,7	+8,1	+7,7	+11,2	+5,1	+4,8	+9,4
2008 .....	+5,2	+5,1	+6,9	+4,4	+4,2	+10,5	+6,2	+6,2	+6,4	+2,6	+2,3	+6,6
preisbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2007 .....	+4,3	+4,3	+4,4	+6,9	+7,1	-0,7	+1,8	+1,4	+4,6	+8,0	+7,6	+13,9
2008 .....	+4,1	+4,0	+4,5	+5,3	+5,1	+12,8	+2,7	+2,7	+2,8	+6,6	+6,2	+12,7

1) Software (erworbene und selbstgestellte), Urheberrechte, andere immaterielle Anlagegüter, Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Grundstücke, Suchbohrungen sowie Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen. Es bleibt zu erwähnen, dass sich die Ermittlung der Investitionen in sonstige Anlagen mangels geeigneter Basisstatistiken derzeit wesentlich auf Schätzungen stützen muss.

Der *Außenbeitrag* zum Bruttoinlandsprodukt (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) lag in jeweiligen Preisen gerechnet im Jahr 2008 mit 157,9 Mrd. Euro um 13,1 Mrd. Euro unter dem Wert des Jahres 2007. Damit wurde im Jahr 2008 der zweithöchste Exportüberschuss seit der deutschen Vereinigung verzeichnet. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Außenbeitrag 6,3%. Der immer noch hohe nominale Exportüberschuss 2008 resultiert aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+ 188,0 Mrd. Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (- 30,2 Mrd. Euro). Im Vergleich zum Vorjahr lag der Warenhandelsüberschuss um 16,3 Mrd. Euro niedriger, was aus einem höheren Anstieg der Warenimporte (+ 62,8 Mrd. Euro) als der Warenexporte (+ 46,5 Mrd. Euro) resultierte. Gleichzeitig verbesserte sich das Defizit im Dienstleistungsverkehr um 3,2 Mrd. Euro.

Preisbereinigt stiegen die Exporte im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 3,9%, die Importe im Jahr 2008 um 5,2%. Zusammengenommen gingen deshalb von der Außenwirtschaft keine Wachstumsimpulse aus, im Gegenteil, der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags zum Bruttoinlandsprodukt belief sich auf - 0,3 Prozentpunkte. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet (Warenexporte + 4,3%, Warenimporte + 6,3%). Die reale Entwicklung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr verlief export- wie importseitig recht schwach (Dienstleistungsexporte + 1,4%, Dienstleistungsimporte + 0,4%). Die Exportpreise nahmen (nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) mit 0,8% ungefähr halb so stark zu wie die Importpreise mit 1,7%. In der Zunahme der Importpreise schlugen sich noch die Höchstpreise für Erdölimporte nieder, die im Laufe des Jahres 2008 zu verzeichnen waren. Infolge dieser Export- und Importpreisentwick-

lung haben sich die deutschen Terms of Trade im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 0,9% verschlechtert.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) nach Ländern liegen erst für den Zeitraum von Januar bis September 2008 vor und umfassen deshalb noch nicht die Entwicklung gegen Ende des Jahres. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum stiegen die deutschen Warenausfuhren in die 26 EU-Länder schwächer (+ 5,1%) als die Ausfuhren in die Drittländer (+ 8,3%). Im betrachteten Zeitraum stiegen insbesondere die Warenausfuhren in die Russische Föderation (+ 20,4%) und China (+ 15,9%). Die Zuwachsrate der Wareneinfuhren in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 aus Ländern der Europäischen Union lag mit + 9,3% dagegen höher als die aus den Drittstaaten (+ 7,4%). Hohe Zuwachsraten wies insbesondere die Wareneinfuhr aus der Russischen Föderation (+ 34,1%) und den Niederlanden (+ 20,2%) auf.

Der Handelsbilanzüberschuss in den ersten drei Quartalen 2008 wurde nach den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik zum weit überwiegenden Teil im Warenverkehr mit den EU-Ländern erwirtschaftet (123,5 Mrd. Euro von insgesamt 142,8 Mrd. Euro). Handelsüberschüsse konnten beispielsweise mit Frankreich (+ 22,7 Mrd. Euro), Italien (+ 14,0 Mrd. Euro) und dem Vereinigten Königreich (+ 19,0 Mrd. Euro) erzielt werden. Auch gegenüber den Vereinigten Staaten lag die Warenausfuhr um 20,4 Mrd. Euro über der Wareneinfuhr. Handelsdefizite waren dagegen im Warenverkehr mit den großen asiatischen Handelspartnern zu verzeichnen (Japan: - 7,6 Mrd. Euro, China: - 17,1 Mrd. Euro).

### 3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* – die umfassendste gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße – hat im Jahr 2008 um + 2,7% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Bruttonationaleinkommen und Bruttoinlandsprodukt weisen damit die gleiche Veränderungsrate (+ 2,7%) auf, da die *per saldo*

Tabelle 8: Exporte und Importe

Jahr	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR							
2006 .....	1052,7	908,8	143,9	921,2	743,7	177,5	131,5
2007 .....	1137,2	983,1	154,1	966,2	778,7	187,5	171,0
2008 .....	1191,0	1029,6	161,4	1033,1	841,5	191,6	157,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
in %							
2007 .....	+8,0	+8,2	+7,1	+4,9	+4,7	+5,6	+39,5
2008 .....	+4,7	+4,7	+4,7	+6,9	+8,1	+2,2	-13,1
preisbereinigt							
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
in %							
2007 .....	+7,5	+7,7	+6,3	+5,0	+5,1	+4,8	+1,4
2008 .....	+3,9	+4,3	+1,4	+5,2	+6,3	+0,4	-0,3

1) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Tabelle 9: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögenstransfers von der übrigen Welt (Saldo)	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2006 .....	2321,5	+40,9	2362,4	343,1	2019,3	-27,3	1992,1	1780,6	211,5	+0,4	66,3	+145,6	+131,5
2007 .....	2422,9	+41,3	2464,2	358,8	2105,4	-28,3	2077,1	1809,4	267,8	+0,6	83,8	+184,5	+171,0
2008 .....	2489,4	+40,4	2529,8	363,9	2165,9	-27,4	2138,6	1857,3	281,3	+0,3	110,4	+171,2	+157,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2007 .....	+4,4	X	+4,3	+4,6	+4,3	X	+4,3	+1,6	+26,6	X	+26,5	X	X
2008 .....	+2,7	X	+2,7	+1,4	+2,9	X	+3,0	+2,7	+5,0	X	+31,7	X	X

empfangenen Primäreinkommen aus der übrigen Welt, die sich auf + 40,4 Mrd. Euro belaufen, nur etwas unter dem Vorjahresniveau (41,3 Mrd. Euro) lagen (siehe Tabelle 9).

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, wird der Saldo der Primäreinkommen vor allem von den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen bestimmt. Die vom Ausland empfangenen Vermögenseinkommen legten im Jahr 2008 um 8,5 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die an das Ausland geleisteten Vermögenseinkommen sind mit + 11,1 % stärker gestiegen. Bei der Betrachtung dieser Ergebnisse darf allerdings nicht vergessen werden, dass aufgrund des frühen Veröffentlichungstermins die zugrunde liegenden Daten der Zahlungsbilanzstatistik noch erhöhte Unsicherheiten aufweisen.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	2008	Veränderung gegenüber 2007
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt .....	258,7	+8,1
Arbeitnehmerentgelt .....	7,0	+2,8
Vermögenseinkommen .....	246,0	+8,5
Subventionen .....	5,8	+0,5
Primäreinkommen an die übrige Welt .....	218,3	+10,3
Arbeitnehmerentgelt .....	6,7	+0,1
Vermögenseinkommen .....	203,8	+11,1
Produktions- und Importabgaben .....	7,8	-0,1

Die grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen werden maßgeblich durch die internationalen Zinsströme bestimmt. So sind die aus dem Ausland empfangenen Zinsen um 6 % auf 158 Mrd. Euro und die an das Ausland geleisteten Zinsen um gut 10 % auf 152 Mrd. Euro gestiegen. Zweitwichtigste Position sind die Ausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen von Inländern im Ausland bzw. Ausländern im Inland. Die Ausschüttungen an das Ausland legten um knapp 7 % auf jetzt 42 Mrd. Euro zu. Die aus dem Ausland empfangenen Ausschüttungen (50 Mrd. Euro) erhöhten sich ebenfalls um knapp 7 %. Neben diesen beiden Vermögensarten sind noch die reinvestierten Gewinne von Gewicht. Deutsche Unternehmen investierten im Jahr 2008 rund 37 Mrd. Euro der Gewinne ihrer ausländischen Töchter und Niederlassungen direkt wieder im Ausland, ausländische Unternehmen reinvestierten in Deutschland 10 Mrd. Euro. Das an Einpendler gezahlte Arbeitnehmerentgelt (6,7 Mrd. Euro) und das von Auspendlern empfangene Arbeitnehmerentgelt (7,0 Mrd. Euro) hielten sich in

etwa die Waage. Die an die EU gezahlten Produktions- und Importabgaben, das sind vor allem Zolleinnahmen und die Mehrwertsteuereigenmittel der EU, lagen auf dem Vorjahresniveau. Auch die von der EU an Deutschland gezahlten Subventionen blieben im Vorjahresvergleich nahezu unverändert.

Das um die Abschreibungen (+ 1,4 % gegenüber dem Vorjahr) verminderte Bruttonationaleinkommen ergibt das Nettonationaleinkommen (+ 2,9 %). Der Saldo der laufenden Transfers von und an die übrige Welt (- 27,4 Mrd. Euro) hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert. Hinter dieser Größe verbergen sich als größte Einzelposition die an die Europäische Union gezahlten BSP-Eigenmittel mit gut 15 Mrd. Euro. Hinzu kommen unter anderem Rentenzahlungen an im Ausland lebende Deutsche und Heimatüberweisungen von in Deutschland lebenden Ausländern. Das verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft erreichte im Jahr 2008 einen Wert von 2138,6 Mrd. Euro, 3,0% mehr als im Vorjahr. Die gesamten Konsumausgaben der Volkswirtschaft, die aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte (+ 2,2 %), denen des Staates (+ 4,0%) und denen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (+ 2,3 %) bestehen, erhöhten sich um 2,7% gegenüber dem Vorjahr, sodass das gesamtwirtschaftliche Sparen 5,0% über dem Vorjahreswert lag.

Die Nettoinvestitionen, das heißt die Bruttoinvestitionen abzüglich der Abschreibungen, lagen mit 110 Mrd. Euro deutlich über dem Vorjahresniveau (+ 31,7%), haben aber noch längst nicht das Niveau von Ende der 1990er-Jahre erreicht, als sie mehr als 130 Mrd. Euro betragen. Das gesamtwirtschaftliche Sparen (281,3 Mrd. Euro) lag damit im Jahr 2008 beim Zweieinhalbfachen der Nettoinvestitionen. Der Finanzierungsüberschuss gegenüber dem Ausland ging gegenüber dem Vorjahr um gut 13 Mrd. Euro auf jetzt 171,2 Mrd. Euro zurück. In den 1990er-Jahren bis zum Jahr 2001 hatte Deutschland ein Finanzierungsdefizit gegenüber dem Ausland verzeichnet, das im Jahr 1994 mit - 28,4 Mrd. Euro seinen höchsten Wert aufwies. Der positive Finanzierungssaldo im Jahr 2008 setzt sich aus einem positiven Außenbeitrag (Exportüberschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr) in Höhe von 157,9 Mrd. Euro, aus der übrigen Welt per saldo empfangenen Primäreinkommen von 40,4 Mrd. Euro, per saldo geleisteten laufenden Transfers von - 27,4 Mrd. Euro und per saldo empfangenen Vermögenstransfers von + 0,3 Mrd. Euro zusammen.

Tabelle 10: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Nettonationaleinkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen <sup>1)</sup>	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
	1	2	3	4	5	6
			Mrd. EUR			%
2006 .....	2019,3	253,8	1765,6	1149,5	616,1	65,1
2007 .....	2105,4	278,4	1827,1	1183,6	643,5	64,8
2008 .....	2165,9	285,7	1880,2	1225,6	654,6	65,2
			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
2007 .....	+4,3	+9,7	+3,5	+3,0	+4,5	X
2008 .....	+2,9	+2,6	+2,9	+3,6	+1,7	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

Im Vergleich zum Vorjahr nahm das *Volkseinkommen*, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, im Jahr 2008 um 2,9% auf 1880,2 Mrd. Euro zu (siehe Tabelle 10). Um vom Nettonationaleinkommen zum Volkseinkommen zu gelangen, muss der Saldo aus den vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben abzüglich der vom Staat gezahlten Subventionen in Höhe von 285,7 Mrd. Euro vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden.

Das *Arbeitnehmerentgelt* belief sich im Jahr 2008 auf 1225,6 Mrd. Euro. Der Anstieg um 3,6% war der stärkste seit dem Auslaufen des New-Economy-Booms im Jahr 2000. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahmen im Berichtsjahr um 1,7% zu. Dieses Ergebnis kann sich allerdings bei der nächsten Überarbeitung noch deutlich ändern. Weil die Unternehmens- und Vermögenseinkommen als Saldo aus dem Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt berechnet werden, können vergleichsweise geringe Verschiebungen dieser Ausgangsgrößen zu erheblichen Änderungen der Wachstumsraten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen führen.

Die *Lohnquote* – der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen – betrug im Berichtsjahr 65,2%. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte. Damit ist die Lohnquote zum ersten Mal seit acht Jahren gestiegen. Der Anstieg ist in erster Linie auf die aktuelle konjunkturelle Situation zurückzuführen: Am Ende eines Aufschwungs zeigen die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen üblicherweise nur eine schwache Dynamik, während die Lohneinkommen, getragen durch Beschäftigungszuwächse sowie Lohn- und Gehaltssteigerungen, kräftig steigen. Die Lohnquote zeigt den Anteil des Faktors Arbeit (ohne unternehmerische Tätigkeit) an den gesamten Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Demgegenüber beschreibt der auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfallende Teil der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, in welchem Umfang der Produktionsfaktor Kapital (einschließlich der unternehmerischen Tätigkeit der Eigentümer) zum Volkseinkommen beigetragen hat. Aus der Lohnquote allein kann jedoch nicht auf die Einkommenssituation der Arbeitnehmer geschlossen werden, weil diese auch Vermögenseinkommen, beispielsweise in Form von Zinsen und Dividenden, beziehen können.

Schaubild 3

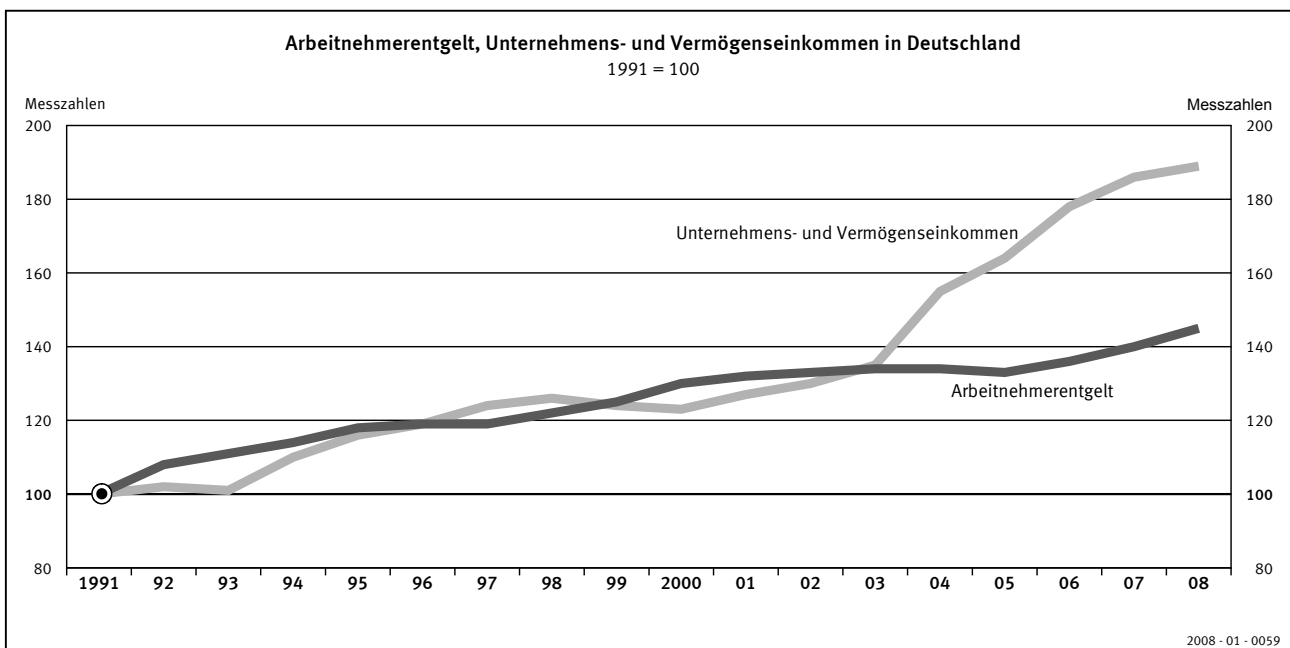


Tabelle 11: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber <sup>1)</sup>	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer <sup>2)</sup>	
Mrd. EUR							
2006 .....	1 149,5	222,7	926,7	321,5	159,1	162,4	605,2
2007 .....	1 183,6	225,3	958,2	334,8	163,4	171,4	623,4
2008 .....	1 225,6	229,8	995,8	353,4	171,9	181,5	642,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2007 .....	+3,0	+1,2	+3,4	+4,1	+2,7	+5,5	+3,0
2008 .....	+3,6	+2,0	+3,9	+5,6	+5,2	+5,9	+3,0

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. –  
 2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

Tabelle 11 stellt das Arbeitnehmerentgelt und seine Komponenten dar. Der Anstieg des Arbeitnehmerentgeltes (+ 3,6 %) im Jahr 2008 findet sich auch in der Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter (+ 3,9 %) wieder. Der etwas schwächere Anstieg des Arbeitnehmerentgeltes ist in erster Linie auf die geänderten Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Pflegeversicherung zurückzuführen. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum Jahresbeginn 2008 von 4,2 auf 3,3 % gesenkt, während der für die Pflegeversicherung ab dem 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte erhöht wurde.

Die *Bruttolöhne und -gehälter* summierten sich im Jahr 2008 auf 995,8 Mrd. Euro. Der Anstieg um 3,9 % ist einerseits der anhaltenden Belegung auf dem Arbeitsmarkt – die Zahl der Arbeitnehmer stieg um 580 000 (+1,6 %) – und andererseits den steigenden Durchschnittsverdiensten (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) zuzuschreiben. Die durchschnittlichen Bruttoverdienste wuchsen um 2,3 %. Das Zurückbleiben der effektiv gezahlten Löhne und Gehälter hinter der Tariflohnentwicklung von rund 2,7 % ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zunächst ist die sich ändernde Arbeitnehmerstruktur anzuführen. Ein Index wie der Tariflohnindex arbeitet mit einer konstanten Gewichtung, während in der Verdienstentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen immer die aktuelle Beschäftigtenstruktur berücksichtigt wird. Rückgängen der Beschäftigtenzahl in überdurchschnittlich zahlenden Wirtschaftsbereichen wie dem Kredit- und Versicherungsgewerbe standen deutlich höhere Beschäftigtenzahlen in unterdurchschnittlich zahlenden Bereichen wie der Arbeitnehmerüberlassung gegenüber. Diese Strukturverschiebungen dämpften den Anstieg der Durchschnittsverdienste. Die gleiche Wirkung übt eine weiter steigende Teilzeitbeschäftigung aus. Zuletzt muss auf die Auswirkungen der schwierigen Wirtschaftsentwicklung zum Jahresende hingewiesen werden. Die zunehmende Kurzarbeit und wegfallende Überstundenzuschläge tragen ebenfalls zur beobachteten negativen Lohndrift bei. Für das Jahr 2009 zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Viele Tarifabschlüsse des Jahres 2008, wie die Vereinbarungen für die chemische Industrie oder den Einzelhandel, wirken bis weit ins Jahr 2009 hinein und sorgen für eine weitere Tariflohnsteigerung, die sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld nur zum Teil in der Entwicklung der effektiv gezahlten Löhne und Gehälter widerspiegeln dürfte.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die im Lohnabzugsverfahren abgeführte Lohnsteuer ab, verbleiben die *Nettolöhne*

und -gehälter. Die zusätzlichen Anstrengungen der Arbeitnehmer, neben der gesetzlichen Rentenversicherung für das Alter vorzusorgen, wirken sich dämpfend auf die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter aus. Die per saldo gesenkten gesetzlichen Sozialbeiträge – einem niedrigeren Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung steht hierbei ein höherer Pflegeversicherungsbeitragssatz gegenüber – haben die Nettolohnsumme dagegen um rund 3 Mrd. Euro steigen lassen. In Bezug auf die Nettolöhne spielt noch eine weitere Komponente, die Lohnsteuer, eine wichtige Rolle. Die Arbeitnehmer wurden im vergangenen Jahr durch die sogenannte kalte Progression weiter belastet. Das Lohnsteueraufkommen stieg im abgelaufenen Jahr um 5,9 %. Die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale – die Neuregelung, die eine Berücksichtigung der Fahrtkosten zur Arbeitsstelle erst ab dem 21. Kilometer vorsah, wurde gestoppt – finden sich hier nicht wieder. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen an dieser Stelle ausschließlich die im Lohnabzugsverfahren einbehaltene Lohnsteuer dar. Steuererstattungen werden hingegen im Rahmen der veranlagten Einkommensteuer abgebildet. Insgesamt betrachtet nahmen die Nettolöhne und -gehälter aller Arbeitnehmer im Jahr 2008 um 3,0 % zu. Dem durchschnittlichen Arbeitnehmer verblieben 1,4 % mehr im Portemonnaie (+ 250 Euro).

#### 4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) war mit 1 553,5 Mrd. Euro im Jahr 2008 um 2,6 % höher als im Vorjahr (siehe Tabelle 12). Im Jahr 2007 war es um 1,6 % gestiegen. In den 1990er-Jahren lagen die nominalen Zuwächse bei durchschnittlich 3,1 %. Verglichen mit dem Anstieg des (impliziten) Preisindex der privaten Konsumausgaben im Jahr 2008 (+ 2,2 %) haben sich die real verfügbaren Einkommen privater Haushalte im Vorjahresvergleich kaum erhöht.

Mit + 3,0 % gegenüber 2007 haben sich die *Nettolöhne und -gehälter* im abgelaufenen Jahr spürbar erhöht. Mit einem Anteil von gut 41 % im Jahr 2008 stellen die Nettolöhne und -gehälter nach wie vor die größte Komponente des verfügbaren Einkommens privater Haushalte dar. Anfang der 1990er-Jahre machten die Nettolöhne und -gehälter allerdings noch

mehr als 47 % des verfügbaren Einkommens privater Haushalte aus.

Wie schon im Vorjahr haben auch 2008 die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen am meisten zum Anstieg des verfügbaren Einkommens privater Haushalte beigetragen. So haben sich der *Betriebsüberschuss bzw. die Selbstständigeneinkommen und die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen* – vor Abzug der direkten Steuern – im Jahr 2008 zusammen um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die von den *privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen* vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen stiegen im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 0,4 % auf 451,3 Mrd. Euro. Mit einem Anteil von 61 % sind die Geldleistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung der größte Posten der monetären Sozialleistungen. 85 % der Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherung stammen aus der Rentenversicherung, danach folgen Zahlungen der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld I), Geldleistungen der Kranken- und Pflegeversicherung sowie Zahlungen der gesetzlichen Unfallversicherung.

Direkte soziale Geldleistungen der Gebietskörperschaften machten 20 % der monetären Sozialleistungen vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen aus. Zu den sozialen Geldleistungen der Gebietskörperschaften zählen das Arbeitslosengeld II, die verbliebenen Sozialhilfezahlungen, das Kindergeld, das Erziehungsgeld sowie das Wohngeld. Die Sozialleistungen der Arbeitgeber und die aus privaten Sicherungssystemen haben zusammen einen Anteil von 19 % an den monetären Sozialleistungen. Zu ihnen gehören unter anderem Betriebsrenten und Rentenzahlungen von Pensionskassen, Leistungen von Versorgungswerken der Selbstständigen sowie die Pensionszahlungen öffentlicher Arbeitgeber.

Die Abgaben auf Sozialleistungen erhöhten sich um 0,8 %, sodass die empfangenen monetären Sozialleistungen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben um 0,4 % über dem Vorjahresniveau lagen. Zu den Abgaben auf Sozialleistun-

gen zählen die Sozialbeiträge der Rentner zur Kranken- und Pflegeversicherung, die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, dies sind beispielsweise Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung, sowie die Lohnsteuer auf Pensionen.

Der ebenfalls von den empfangenen Einkommen abzuziehende *Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers* ist im Vorjahresvergleich um 1,3 Mrd. Euro auf jetzt 68,0 Mrd. Euro gestiegen. Dieser Saldo umfasst die von privaten Haushalten geleistete veranlagte Einkommensteuer – die Lohnsteuer der Arbeitnehmer wird bereits bei der Berechnung der Nettolöhne und -gehälter abgesetzt, die Lohnsteuer auf Pensionen den Abgaben auf Sozialleistungen zugerechnet – und die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wie die Kapitalertrag- und die Zinsabschlagsteuer. In den Saldo fließen darüber hinaus die Sozialbeiträge der Selbstständigen, die Übertragungen privater Haushalte an und aus der übrigen Welt sowie die geleisteten Nettoprämien für Schadensversicherungen abzüglich der empfangenen Schadensversicherungsleistungen ein.

Tabelle 12 zeigt ferner die Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf Konsum und Sparen. Mit einem Anstieg um 2,2 % haben die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck im Berichtsjahr etwas schwächer zugenommen als das verfügbare Einkommen (+ 2,6 %). Da die betrieblichen Versorgungsansprüche deutlich zulegten (+ 19,4 %), was vor allem auf die Alterssicherung im Rahmen der „Riesterrente“ zurückzuführen ist, erreichte die Sparquote im Jahr 2008 mit 11,4 % einen deutlich höheren Wert als im Vorjahr (2007: 10,8 %). Gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 sind die betrieblichen Versorgungsansprüche zwar Bestandteil des Sparens privater Haushalte, aber nicht dem verfügbaren Einkommen privater Haushalte zuzurechnen. Bei der Berechnung der Sparquote als Quotient von Sparen und verfügbarem Einkommen werden sie jedoch zum verfügbaren Einkommen hinzugezählt.

Tabelle 12: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Jahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Private Konsumausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 – 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozialleistungen <sup>2)</sup>	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers <sup>3)</sup>					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
				Mrd. EUR						%
2006 .....	605,2	558,5	457,3	72,2	57,6	1 491,2	22,9	1 355,1	159,0	10,5
2007 .....	623,4	577,7	449,3	69,2	66,7	1 514,5	26,3	1 373,7	167,1	10,8
2008 .....	642,4	597,5	451,3	69,8	68,0	1 553,5	31,5	1 404,1	180,8	11,4
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
				in %						
2007 .....	+3,0	+3,4	-1,7	-4,1	+9,1	+1,6	+15,0	+1,4	+5,1	X
2008 .....	+3,0	+3,4	+0,4	+0,8	+1,3	+2,6	+19,4	+2,2	+8,2	X

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadensversicherungsleistungen.

## 5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wies der Staat im Berichtsjahr 2008 ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 1,6 Mrd. Euro auf, nach einem Defizit von 4,2 Mrd. Euro im Vorjahr. Damit konnten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung insgesamt bereits im fünften Jahr in Folge ihr Finanzierungsdefizit deutlich verringern. Das Ziel eines ausgeglichenen Finanzierungssaldos wurde knapp verfehlt, vor allem weil der Finanzierungssaldo des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl im Jahr 2007 als auch im Jahr 2008 stark durch einmalige Effekte beeinflusst wurde. Hierzu gehörten die Umsetzung einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Buchung bestimmter Stützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und das im Dezember 2008 verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Pendlerpauschale. Ohne diese Effekte hätte der Staat in den Jahren 2007 und 2008 einen Finanzierungsüberschuss erzielt.

Die Abnahme des Defizits im Jahr 2008 resultierte aus einem stärkeren Anstieg der Einnahmen (+ 2,6 %) im Vergleich zu dem der Ausgaben (+ 2,3 %). Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen verringerte sich das Finanzierungsdefizit des Bundes um 10,6 Mrd. auf 15,6 Mrd. Euro. Die Länder, die im Jahr 2007 noch einen Überschuss von 3,4 Mrd. Euro ausgewiesen hatten, erzielten im Berichtsjahr ein Defizit von 2,8 Mrd. Euro. Die Gemeinden konnten das positive Vorjahresergebnis nochmals um 0,5 Mrd. Euro verbessern und realisierten einen Finanzierungsüberschuss von 8,8 Mrd. Euro. Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherung verringerte sich um 2,4 Mrd. auf 8,0 Mrd. Euro. Hier wirkten sich

insbesondere die deutlich gestiegenen Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung für den sogenannten Eingliederungsbeitrag und die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung aus. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von 0,1 % im Berichtsjahr.

Im Jahr 2008 hatte der Staat insgesamt *Einnahmen* in Höhe von 1 093,5 Mrd. Euro, 2,6 % mehr als im Vorjahr. Bei den Steuern (+ 3,1 %), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben um 2,5 % und das Aufkommen an Einkommensteuern um 3,7 %. Letzteres wurde nicht unerheblich durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale beeinflusst, da die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereits zum Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung erfasst werden und nicht erst mit der Kassenwirksamkeit. Wegen der guten Beschäftigungs- und Lohnentwicklung sind die Sozialbeiträge im Berichtsjahr um 2,0 % gestiegen und dies, obwohl der Beitragssatz bei der Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,3 % reduziert wurde. So blieben die Sozialbeiträge bei der Arbeitslosenversicherung um 5,8 Mrd. Euro hinter dem Vorjahresergebnis zurück, während bei den übrigen Sozialversicherungszweigen ein Anstieg des Ergebnisses um 13,0 Mrd. Euro zu verzeichnen war. Ebenfalls höhere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat aus Verkäufen (+ 1,9 %), bei den sonstigen laufenden Transfers (+ 3,0 %) sowie den Vermögenseinkommen (+ 4,8 %).

Die *Ausgaben* des Staates im Jahr 2008 (1 095,1 Mrd. Euro) waren um 2,3 % höher als im Vorjahr. Von den großen Ausgabekategorien waren insbesondere bei den sozialen Sachleistungen (+ 4,4 %) und den Vorleistungen (+ 6,6 %) deutlich über dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten zu

Tabelle 13: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	2006	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007
	Mrd. EUR			in %
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung) .....	44,7	46,6	47,5	+ 1,9
+ sonstige Subventionen .....	0,4	0,4	0,4	- 7,7
+ Vermögenseinkommen .....	17,5	18,0	18,9	+ 4,8
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) .....	530,5	576,3	594,1	+ 3,1
+ Sozialbeiträge .....	399,9	399,9	407,7	+ 2,0
+ sonstige laufende Transfers .....	14,1	13,9	14,3	+ 3,0
+ Vermögenstransfers .....	9,3	10,9	10,6	- 2,0
= Einnahmen .....	1 016,4	1 065,9	1 093,5	+ 2,6
Vorleistungen .....	97,9	101,9	108,6	+ 6,6
+ Arbeitnehmerentgelt .....	167,5	168,0	171,4	+ 2,0
+ sonstige Produktionsabgaben .....	0,1	0,1	0,1	+ 0,0
+ Vermögenseinkommen .....	65,3	67,4	69,2	+ 2,7
+ Subventionen .....	26,7	27,1	27,4	+ 1,3
+ soziale Sachleistungen .....	171,8	178,3	186,2	+ 4,4
+ monetäre Sozialleistungen .....	426,2	418,4	420,2	+ 0,4
+ sonstige laufende Transfers .....	35,3	36,4	40,1	+ 10,3
+ Vermögenstransfers .....	30,5	38,5	35,5	- 7,9
+ Bruttoinvestitionen .....	32,6	35,6	38,1	+ 6,9
+ Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern .....	- 1,4	- 1,4	- 1,5	X
= Ausgaben .....	1 052,3	1 070,1	1 095,1	+ 2,3
				in Mrd. EUR
Finanzierungssaldo .....	- 35,9	- 4,2	- 1,6	+ 2,6

## Finanzkrise und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

### Hintergrund

Ab Mitte 2007 weitete sich die Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten zu einer weltweiten Finanzkrise aus, mit sehr deutlichen Auswirkungen auf die Finanzmärkte in Deutschland und Europa. Die wichtigsten Punkte sind:

- Zunächst standen die hohen Verluste von Banken und Versicherungsunternehmen im Blickpunkt, die Folge der teilweise massiven Abschreibungen auf ihre Engagements in überwiegend mit Forderungen aus US-amerikanischen Hypotheken besicherten Wertpapiere waren. Diese Abschreibungen waren erforderlich, weil nach den internationalen Buchführungsstandards für die Bewertung von Wertpapieren die Marktgegebenheiten zum Bilanzstichtag maßgebend sind ("fair value"). Damit schlug sich der Abschwung am Immobilienmarkt der Vereinigten Staaten direkt in den Bilanzen der Banken und Versicherungsunternehmen nieder und konnte dadurch zu Problemen bei der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalausstattung führen.
- Daneben waren Banken über Liquiditätszusagen von der Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten betroffen. Bei deutschen Banken handelte es sich oft um Liquiditätszusagen für außerbilanzielle Zweckgesellschaften, die den Ankauf von langfristigen, durch US-amerikanische Hypotheken besicherten Wertpapieren durch Ausgabe kurzfristiger Wertpapiere (Commercial Papers) finanzierten. Diese Liquiditätszusagen wurden fällig, sobald das Vertrauen in die Werthaltigkeit der als Sicherheit dienenden Wertpapiere schwand und die kurzfristigen Wertpapiere keine Abnehmer mehr fanden.
- Schließlich wurden Banken vor allem durch das schwindende generelle Vertrauen auf den Finanzmärkten in Mitleidenschaft gezogen. So führte das Austrocknen der Interbankenmärkte bei Banken, die sich kurzfristig refinanzierten, zu Liquidationsproblemen, die ihre Existenz bedrohten.

Seit September 2008 werden vermehrt staatliche Rettungspakete für Finanzunternehmen aufgelegt, um die Folgen der weltweiten Finanzkrise aufzufangen.

### Auswirkungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die beschriebenen Wertverluste bei Finanzaktiva schlagen sich sowohl im betrieblichen als auch im volkswirtschaftlichen Rechnungswesen nieder, allerdings an unterschiedlichen Stellen. Während die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den Unternehmensgewinn, die zentrale Größe des betrieblichen Rechnungswesens, direkt durchschlagen, verändern sie das Bruttoinlandsprodukt, die zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, nicht. Gründe hierfür sind:

- Der Unternehmensgewinn in der betrieblichen Rechnungslegung umfasst sowohl das Ergebnis aus der laufenden Produktion als auch die Erträge bzw. Verluste aus Finanzanlagen und Beteiligungen. Dagegen umfasst das Bruttoinlandsprodukt nur das Ergebnis aus der laufenden Produktion. Effekte aus der Umbewertung von finanziellen Vermögensgegenständen spielen für das Bruttoinlandsprodukt unmittelbar keine Rolle.
- In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Effekte der Umbewertung von Vermögensgegenständen konzeptionell als Teil der Vermögensrechnung erfasst. Hierbei ist

zwischen Bewertungsgewinnen bzw. -verlusten für finanzielle und für nichtfinanzielle Vermögensgegenstände zu unterscheiden. In Deutschland ist für die Vermögensrechnung der nichtfinanziellen Vermögensgegenstände das Statistische Bundesamt und für die Vermögensrechnung der finanziellen Vermögensgegenstände die Deutsche Bundesbank zuständig. Die Umbewertung von Finanzaktiva ist Teil der finanziellen Vermögensrechnung. Solche finanziellen Umbewertungen schlagen sich nicht im Bruttoinlandsprodukt nieder.

### Defizitwirkung staatlicher Stützungsmaßnahmen

Ob und inwieweit sich Stützungsmaßnahmen des Staates im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise auf den Finanzierungssaldo (Defizit) und den Schuldenstand niederschlagen, hängt von den Vorschriften des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 sowie den ergänzenden Regeln im Handbuch zu Defizit und Schuldenstand ab (Manual on Government Debt and Deficit, MGDD). Dabei können insbesondere folgende Maßnahmen unterschieden werden:

- Die Grundregel im ESGV 1995 zur Behandlung von Bürgschaften, Liquiditätszusagen, Kreditlinien oder Garantien wurde für den Staat durch das Handbuch zu Defizit und Schuldenstand spezifiziert: Bei Bürgschaften des Staates an einzelne Unternehmen in Schwierigkeiten ist bereits bei Vergabe eine defizitwirksame Buchung erforderlich, und zwar in Höhe des erwarteten Ausfalls.
- Die Grundregel des ESGV 1995 zur Buchung von Kapitalzuführungen, das heißt der Ankauf von Kapitalanteilen oder die Bereitstellung von Eigenkapital, wurde für den Staat folgendermaßen spezifiziert: Bei Kapitalzuführungen durch den Staat an öffentliche Unternehmen fordert das Handbuch zu Defizit und Schuldenstand zu prüfen, ob die Investition nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgte und ein entsprechender Gegenwert (z. B. kein aufgelaufener Verlust) vorliegt. Ansonsten wird eine defizitwirksame (Teil-)Buchung erforderlich.
- Die Buchung eines Kaufs von finanziellen Aktiva ist allgemein im ESGV 1995 geregelt und wurde für den Staat folgendermaßen durch das Handbuch zu Defizit und Schuldenstand spezifiziert: Beim Ankauf von Problemaktiva durch den Staat stellt sich insbesondere die Frage, in welchem Verhältnis der vom Staat gezahlte Preis zum Marktpreis der Problemaktiva steht. Nach den Regelungen des Handbuchs zu Defizit und Schuldenstand ist die Differenz zwischen dem vom Staat gezahlten Preis und dem Marktpreis (bzw. einem entsprechenden Wert) als Vermögenstransfer nachzuweisen und damit defizitwirksam.
- Die Behandlung einer Kreditvergabe ist im ESGV 1995 grundsätzlich geregelt und wurde durch das Handbuch zu Defizit und Schuldenstand für den Staat spezifiziert: Wenn bei der Vergabe eines Kredites durch den Staat an einzelne öffentliche Unternehmen davon auszugehen ist, dass der gewährte Kredit mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zurückgezahlt wird, ist ein defizitwirksamer Vermögenstransfer zu buchen (z. B. Kredite, die mit einem Forderungsverzicht ausgestattet sind).

Angesichts der erheblichen Bewertungs- und Informationsunsicherheiten, die mit der Finanzmarktkrise einhergehen, wird derzeit von europäischen Experten über die adäquate Anwendung der genannten Grundregeln beraten.

verzeichnen. Die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt blieben dagegen mit einem Zuwachs von 2,0% hinter der Entwicklung der Gesamtausgaben zurück. Die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen an private Haushalte sind – bei sehr unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Leistungsarten – nur gering um 0,4% gestiegen. Erhöht haben sich beispielsweise die Zahlungen für Renten (+0,9%) und öffentliche Pensionen (+4,4%) sowie die Geldleistungen der Krankenversicherung (+8,6%). Auch die Ausgaben für die übrigen sozialen Geldleistungen sind – vor allem wegen der weiterhin starken Nachfrage nach dem zum 1. Januar 2007 eingeführten Elterngeld – um 16,7% gestiegen. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung lagen hingegen etwa ein Zehntel (–11,9%) und die Zahlungen für das Arbeitslosengeld II (einschließlich sonstiger Leistungen nach SGB II) um ein Sechstel (–16,8%) unter ihrem Vorjahreswert. Bei den übrigen Ausgaben des Staates nahmen die Zinsausgaben um 2,7%, die Bruttoinvestitionen um 6,9% und die sonstigen laufenden Transfers um 10,3% zu. Die Aufwendungen für Vermögenstransfers sind im Berichtsjahr deutlich um 7,9% auf 35,5 Mrd. Euro zurückgegangen, wurden aber wie im Vorjahr stark durch die von Bund und Ländern durchgeführten Abschirmungsmaßnahmen zugunsten einiger Banken beeinflusst. Die hierfür aufgewendeten Beträge beliefen sich im Jahr 2007 auf 7,3 Mrd. Euro und im Jahr 2008 auf 6,8 Mrd. Euro, jeweils nach Abzug der Beteiligungen von Dritten an den Abschirmungsmaßnahmen.

## 6 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht (z. B. in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS-Online sowie in ausgewählten Tabellen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben und kommentiert und das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz vorgestellt.

So wurde auch in diesem Jahr das erste, vorläufige Jahresergebnis für das Jahr 2008 bereits am 14. Januar 2009 im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals publiziert, also jeweils Mitte Mai (erstes Quartal), Mitte August (zweites Quartal), Mitte November (drittes Quartal) und Mitte Februar (viertes Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung der Ergebnisse vorangegangener Quartale. Darüber hinaus werden im August üblicherweise die Ergebnisse für die vier zurückliegenden Jahre einschließlich der dazugehörigen Quartale revidiert (sog. laufende Revisionen). Die nächsten beiden Veröffentlichungstermine sind der 13. Februar (Schnellmeldung) und der 25. Februar 2009

(detaillierte Ergebnisse); neben den Ergebnissen für das vierte Quartal 2008 werden dann auch die überarbeiteten Ergebnisse für das Jahr 2008 bekannt gegeben.

Die in diesem Aufsatz dargestellten sowie tiefer untergliederte Ergebnisse enthält die Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Jahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“ (nur elektronisch verfügbar; Bestellnummer 2180110). Diese und weitere Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Internet über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) bzw. über die Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kostenlos erhältlich ([www.destatis.de](http://www.destatis.de), Pfad: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). [U](#)

## Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086
- E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@destatis.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@destatis.de)

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50  
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35  
E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)